

**Antrag**

Hannover, den 15.01.2019

Fraktion der FDP

**Berufsschulen stärken - Berufliche Bildung in Niedersachsen voranbringen**

Der Landtag wolle beschließen:

## EntschlieÙung

Der Landtag stellt fest:

Die berufliche Bildung leistet einen unverzichtbaren Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg Niedersachsens und zum Wohlstand seiner Einwohner. Ein wesentlicher Lernort der beruflichen Bildung sind die berufsbildenden Schulen. Etwa 160 000 Menschen besuchen in Niedersachsen berufsbildende Schulen, davon befinden sich etwa 60 % in einer dualen Berufsausbildung und 40 % in einer vollzeitschulischen Ausbildung.

Die Aufgabe des Landes ist es, die Berufsschulen einerseits besser auszustatten und ihnen andererseits mehr Freiheiten zu geben, um auf die regional und lokal sehr unterschiedlichen Herausforderungen reagieren zu können.

Zu einer Stärkung der Berufsbildenden Schulen zählen insbesondere die Verbesserung der Unterrichtsversorgung und die Lehrkräftegewinnung. In diesen Punkten werden die Berufsbildenden Schulen aktuell aber von der Landesregierung aus SPD und CDU geschwächt. Im vergangenen Herbst sollen laut Berichten der Schulleitungen im Stellenausschreibungsverfahren 100 Stellen gestrichen worden sein. Darüber hinaus finanziert die Landesregierung bis zum 31. Juli 2021 120 Planstellen und die Weiterführung des Schulversuchs SPRINT aus Ausgabenresten der Berufsbildenden Schulen, also aus den von den Berufsbildenden Schulen erwirtschafteten Geldern. Wie die Landesregierung auf Nachfrage von Abgeordneten der FDP-Fraktion im Landtag einräumte (Drucksache 18/2471), führt das dazu, dass die übertragbaren Ausgabereste um fast 60 % verringert worden sind. Dadurch müsse man laut Aussage des Berufsschullehrerverbands viele Verträge mit Vertretungslehrkräften zum Ende des Schuljahres auslaufen lassen. Es droht damit eine weitere Verschlechterung der ohnehin schon schlechten Unterrichtsversorgung der Berufsbildenden Schulen.

Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf,

1. die angekündigte Kürzung der übertragbaren Budgetüberschüsse rückgängig zu machen und den Berufsbildenden Schulen kurzfristig die volle Summe zur Verfügung zu stellen,
2. die Budgetmittel für die Personalkosten auf eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung anzupassen und damit den Schulen die Möglichkeit zu geben, flexibel Vertretungslehrkräfte und Honorarkräfte einzustellen,
3. neben der regulären Unterrichtsversorgung auch andere Rahmenvorgaben wie beispielsweise Berufsorientierungsmaßnahmen, Förderunterricht und externe Prüfungen zu 100 % zu decken,
4. Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Berufs des Berufsschullehrers zu erarbeiten und umzusetzen, insbesondere auch eine Arbeitszeitanalyse für die Lehrkräfte Berufsbildender Schulen durchzuführen,
5. die Studienkapazitäten für Lehrkräfte an den Berufsbildenden Schulen auszuweiten, beispielsweise an der TU Braunschweig für den gewerblich-technischen Bereich,

6. gemeinsam mit den Schulen und Lehrkräften Digitalisierungskonzepte zu erarbeiten, vor allem hinsichtlich einer besseren Ausstattung der Schulen und einer qualifizierten Weiterbildung für Lehrerinnen und Lehrer,
7. die Mobilität der Auszubildenden zu stärken, indem die Kosten der Schülerbeförderung analog zum Sekundarbereich I auch für den Sekundarbereich II übernommen werden und für alle weiteren Schülerinnen und Schüler die Beförderungsentgelte weiter reduziert werden,
8. die Berufsbildenden Schulen weiter zu regionalen Kompetenzzentren (ReKo) auszubauen und ihre Entscheidungskompetenzen auszuweiten, wobei eine stärkere Budgetierung und eine Erhöhung der Anzahl der Abteilungsleiterstellen erfolgen muss, damit die Schulen besser auf regionale Unterschiede und Herausforderungen reagieren können.

#### Begründung

Die Berufsbildenden Schulen stellen eine wichtige Säule der niedersächsischen Bildungslandschaft dar. Zusammen mit den Ausbildungsbetrieben leisten sie einen zentralen Beitrag für die Gesellschaft, indem sie für den notwendigen Nachwuchs an jungen Fachkräften sorgen. Das deutsche Modell der dualen Berufsausbildung erfährt international große Anerkennung und hat sich über Jahrzehnte bewährt. Der schulische Teil der Ausbildung ist dabei unverzichtbar, und ausreichend gut qualifiziertes Lehrpersonal ist die Grundlage für eine qualitativ hochwertige Lehre. Auch weitere Angebote von Berufsschulen, die nicht Teil einer dualen Ausbildung sind, bieten jungen Menschen neue berufliche Perspektiven und tragen so zur Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft bei.

Seit Jahren liegt die Unterrichtsversorgung an niedersächsischen Berufsschulen deutlich unter dem Durchschnittswert der allgemeinbildenden Schulen. Parallel dazu sind die Studierendenzahlen angestiegen, während die Zahl der begonnenen Ausbildungen seit Jahren entweder sinkt, stagniert oder nur geringfügig steigt. Eine Attraktivitätssteigerung der Berufsausbildung als gewinnbringende Alternative zu einem Hochschulstudium ist von allen politischen Lagern gewollt und angesichts des Fachkräftemangels in vielen Bereichen auch sinnvoll. Dazu müssen die Berufsbildenden Schulen zukunftsfähig ausgestattet werden, sowohl auf materieller als auch auf personeller Ebene. Hierzu sind in erster Instanz vor allem höhere finanzielle Mittel notwendig. Auch eine Verbesserung der Mobilität der Auszubildenden ist hierbei ein wichtiger Schritt.

Die Schulen müssen sich darauf verlassen können, dass ihnen einmal erwirtschaftete und zugesagte Mittel auch vollständig zur Verfügung stehen. Eine Kürzung von Überschüssen ist ein falsches Signal. Vielmehr könnten Überschüsse in mehr Personal, Fortbildungen und eine bessere Ausstattung der Schulen gesteckt werden. Dies wäre wiederum einer Entlastung der Lehrkräfte, einem schülergerechten, lebensnahen Unterricht sowie einem für die Zukunft optimal gerüsteten beruflichen Bildungssystem in Niedersachsen dienlich.

Christian Grascha  
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 16.01.2019)